

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=987562

Deutschland unter Schnitt **Steuerquote relativ klein**

VON MARKUS SIEVERS

Wie gefräßig ist der deutsche Staat? Viel zu viel müssen Bürger und Unternehmen von ihrem Geld an Finanzamt und Sozialversicherungen abgeben - das ist die landläufige Meinung.

Ein anderes Bild zeichnen regelmäßig die internationalen Studien der OECD. Der Verbund führender Wirtschaftsnationen - zu ihm gehören etwa die USA, Japan und viele europäische Staaten - attestiert dem deutschen Staat große Bescheidenheit. Auf Diät gesetzt erscheint er vor allem im Vergleich mit den skandinavischen Staaten. So beansprucht Dänemark von der Wirtschaftsleistung seiner Bürger knapp die Hälfte, Schweden fordert mehr als 50 Prozent ein. Mit einer Quote von 34,7 Prozent bleibt die Bundesrepublik nicht nur hinter den Spitzenreitern zurück; sie liegt auch mehr als einen Prozentpunkt unter dem OECD-Durchschnitt.

Besonders aufschlussreich ist die längerfristige Perspektive. So griff sich die öffentliche Hand lange Zeit, vor allem in den 70er Jahren, deutlich mehr als im OECD-Mittel. Erst 2003 kippte der Befund. Seitdem kommt der deutsche Sozialstaat mit einem kleineren Teil vom Wohlstand aus als in den anderen Industrienationen - und der Abstand hat sich in den vergangenen beiden Jahren vergrößert. Erst die kräftige Mehrwertsteuererhöhung im kommenden Jahr dürfte wieder für eine Trendwende sorgen.

Nun haben die OECD-Berechnungen mit allen Statistiken gemein, dass sie stets auch Angriffsfläche für Kritik bieten. So wirft der Bund der Steuerzahler der Pariser Organisation vor, die tatsächliche Belastung in Deutschland "massiv" zu unterzeichnen. Beispielsweise zieht die OECD Sozialleistungen und Subventionen wie das Kindergeld oder die Eigenheimzulage vom Steueraufkommen ab, da sie mit den Steuerzahlungen verrechnet werden. Damit werde aber die Steuerlast klein gerechnet, meint der Steuerzahlerbund. Daher trage die Untersuchung eher zur "Verwirrung" als zur Aufklärung bei

Christopher Heady, Leiter der OECD-Abteilung Steuerpolitik und Statistik, verwahrt sich zwar gegen diesen Vorwurf. Im *FR*-Gespräch räumt er aber die speziellen Probleme internationaler Vergleiche ein. Was einbezogen werde und was nicht, sei immer eine Frage der Definition. Bei einer erweiterten Fassung änderten sich aber auch für die übrigen Länder die Größenordnungen.

Aus Sicht von Heady hat damit der Befund Bestand, dass Deutschland im internationalen Vergleich "kein ausgewiesenes Hochsteuerland" ist. Für einen Standort komme es allerdings nicht nur auf die Gesamtlast an, sondern mindestens so sehr auf die Struktur des Steuern- und Abgabensystems. Eher hoch sind die Tarife, eher gering das Steueraufkommen - eine Folge der vielen Ausnahmen.

Zudem fällt die Bundesrepublik mit einer hohen Belastung von Arbeitseinkommen durch Sozialabgaben auf. Fast 40 Prozent öffentlicher Einnahmen stammen aus dieser Quelle, gegenüber 26 Prozent im OECD-Schnitt. Umgekehrt sieht es für Unternehmen- und Einkommensteuern aus. Sie warfen im vergangenen Jahr 9,8 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ab, im OECD-Mittel dagegen rund 13 Prozent.

Steuerquote sinkt: **Anteil der Abgaben geht weiter zurück**

[document info]
Copyright © FR online 2006
Dokument erstellt am 11.10.2006 um 17:36:59 Uhr
Letzte Änderung am 11.10.2006 um 18:36:28 Uhr
Erscheinungsdatum 12.10.2006